



## 10 | Für eine freiheitsorientierte Verkehrs- und Mobilitätspolitik

### Verkehrspolitik

Fahrverbote, die Bekämpfung des Dieselantriebs und die Erzwingung von Elektromobilität sind einige der Stichworte, die für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Altparteien stehen. Dabei geht es nicht um eine nüchterne Herangehensweise an die Herausforderungen, sondern um die Durchsetzung utopischer Visionen. Eine solche Politik war noch immer freiheitsfeindlich und zum Scheitern verurteilt. Gegen den ideologischen und utopischen Ansatz der Altparteien gilt es, eine Verkehrs- und Mobilitätspolitik mit Augenmaß voranzutreiben, welche die selbstbestimmte Mobilität der Bürger fördert, wirtschaftlich sinnvoll und technisch machbar ist sowie im Einklang mit dem Schutz der Natur steht.

#### Individualverkehr

Die AfD tritt für die Freiheit des Individualverkehrs mit dem Pkw ein. Dabei ist es für uns unerheblich, ob sich die Menschen für Pkw mit Benzin-, Diesel- oder Elektroantrieb entscheiden. Für uns steht im Vordergrund, dass kein Antriebskonzept diskriminiert wird. Eine planwirtschaftliche Verkehrspolitik lehnen wir ab. Daher werden wir es nicht zulassen, dass politische Panikmacher eine Hysterie gegen Verbrennungsmotoren entfachen, die am Ende zulasten der Freiheit unserer Bürger geht und außer einigen Profiteuren und Lobbyisten in der Ökobranche niemandem nutzt.

Es ist nach unserer Überzeugung zudem Aufgabe der Wirtschaft, aus neuen Technologien attraktive marktaugliche Produkte zu entwickeln. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Technologieentscheidungen durch eine bevormundende Altparteienpolitik in der Regel in wirtschaftliche Sackgassen führen.

#### Dieselfahrzeuge und Fahrverbote

Die Bemühungen der meisten anderen Parteien, in den nächsten Jahren Fahrverbote für Verbrennungsmotoren einzuführen, sehen wir mit Sorge. Sind momentan nur Dieselfahrzeuge betroffen, so ist eine Ausweitung auf alle Verbrennungsmotoren doch zu befürchten. Diesem Vorhaben stellt sich die AfD entschieden entgegen. Die Feinstaubbelastung, im Straßenverkehr in erster Linie hervorgerufen durch Reifen- und Bremsabrieb, ist beständig zurückgegangen und kann den neueren Dieselmotoren nicht mehr angelastet werden.

**Wir lehnen Fahrverbote und Umweltzonen ab.**

Ideologisch motivierte Einschränkungen des Pkw-Individualverkehrs in Städten, z. B. durch die Einrichtung von Fahrverboten oder Umweltzonen, aus Gründen eines angeblichen Klimaschutzes lehnen wir ab. Der Einrichtung weiterer Umweltzonen stehen wir sehr kritisch gegenüber. Wir bevorzugen alternative Konzepte wie eine intelligente umweltsensible Verkehrssteuerung.

Der Dieselmotor sichert auch in Thüringen zahlreiche Arbeitsplätze, die es zu erhalten gilt. Die mit Dieselmotoren ausgestatteten Kleintransporter sind das transporttechnische Rückgrat der meisten kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe.

### **Elektromobilität in Thüringen**

Die Landesregierung betreibt im Rahmen der Verkehrs- und Energiewende eine ideologisch motivierte Förderung von Elektromobilität, Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Diese Nischentechnologien werden mit Thüringer Steuergeldern subventioniert. Dabei ist die Problematik der stark eingeschränkten Reichweite von Elektrofahrzeugen keineswegs gelöst. Außerdem würde die flächendeckende Einführung der Elektromobilität und von Fahrverbotszonen für Verbrennungsmotoren in Thüringen dafür sorgen, dass nicht nur viele Arbeitsplätze in der hiesigen Automobilzuliefererindustrie wegfallen würden, sondern dass viele kleine und mittelständische Betriebe wirtschaftlich bedroht wären, da sie ihre meist mit Dieselmotoren ausgestatteten Fahrzeuge nicht mehr betreiben könnten. Ferner wären viele Bürger gezwungen, sich neue Elektroautos zu kaufen – Fahrzeuge, die für viele Menschen viel zu teuer sind. Die Thüringer AfD steht vor diesem Hintergrund voll und ganz zum Diesel- und zum Ottomotor. Diese Antriebssysteme haben sich über einen sehr langen Zeitraum weltweit bewährt und sind ein wichtiger Baustein in unserem Wirtschaftsgefüge. Sie sichern auch in Thüringen die Arbeitsplätze von vielen tausend Menschen, das Auskommen von Familien und unseren gesellschaftlichen Wohlstand.

**Wir stehen zum Diesel- und zum Ottomotor. Elektromobilität darf nicht mittels staatlichen Zwanges durchgesetzt werden.**

Wir sind uns indes bewusst, dass fossile Kraftstoffe eine endliche Ressource darstellen, über die wir zudem im eigenen Land kaum verfügen. Daher ist die AfD bezahlbaren, sozial verträglichen, wirtschaftserhaltenden und realistischen alternativen Antriebs- und Treibstoffkonzepten gegenüber aufgeschlossen. Neben dem mit zahlreichen Nachteilen behafteten reinen Elektromotor, der panikartig, konzeptionslos und ideologisch motiviert von der Landesregierung und insbesondere von den Grünen propagiert wird, existieren interessantere Antriebskonzepte, die wir favorisieren. Als umweltschonende Energiequellen kommen z. B. synthetische Kraftstoffe (E-Fuels), ferner die Brennstoffzelle und der Wasserstoffverbrennungsmotor in Betracht.

### **Sonstiger Individualverkehr – Radverkehr, Carsharing**

Dem Radverkehr messen wir nicht nur wegen der mit ihm verbundenen Entlastung der Umwelt, sondern auch wegen seiner Wichtigkeit für den Tourismus in unserem Land große Bedeutung bei. Daher wollen wir den Ausbau von Radwegen und die Beseitigung von Lücken im Radwegenetz fördern.

**Wir unterstützen den Moped-Führerschein ab dem vollendeten 15. Lebensjahr.**

Dem Moped-Führerschein ab dem vollendeten 15. Lebensjahr stehen wir positiv gegenüber. Der hierzu durchgeführte Modellversuch hat sich als ein Erfolg her-

ausgestellt, was sich auch an den steigenden Prüfungsteilnehmerzahlen zeigt. Der Moped-Führerschein sorgt gerade im ländlichen Raum für eine größere Unabhängigkeit der Jugendlichen und ist so eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass dieses Modell bundesweit eingeführt wird.

Neuen Formen gemeinschaftlich organisierter Mobilität stehen wir aufgeschlossen gegenüber. So stellen z.B. Carsharing und Mietfahrradstationen ein Wirtschaftsmodell dar, dem wir unsere politische Unterstützung zukommen lassen. Die Rahmenbedingungen zur Nutzung solcher innovativen Mobilitätskonzepte sollen verbessert werden.

### **Öffentlicher Personennahverkehr und Schienengüterverkehr**

Der ländliche Raum ist in besonderer Weise auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mittels Bus und Bahn angewiesen. Ausschließlich wirtschaftliche Überlegungen ohne politische Einflussnahme gefährden dessen weiteren Betrieb und führen dazu, dass der ländliche Raum weiter abgehängt wird. Für die AfD ist ein funktionierender, zuverlässiger und günstiger ÖPNV ein unabdingbarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Der ÖPNV hat im Übrigen eine wichtige Funktion bei der Erschließung Thüringens als Fremdenverkehrs- und Erlebnisregion, insbesondere im Bereich des Rennsteigs. Wir wollen in Kooperation mit lokal tätigen Verkehrsunternehmen Lösungen für den Erhalt und den Ausbau eines umfassenden Personennahverkehrsnetzes anstreben.

**Ein zuverlässiger und günstiger ÖPNV ist ein unabdingbarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Es muss sichergestellt werden, dass der ÖPNV die Leistungen auch auf Strecken mit schwacher Nachfrage gewährleisten kann.**

Wer die Aufgabe ernst nimmt, den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten und der Abwanderung der Bevölkerung Einhalt zu gebieten, muss die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs als wesentliches Steuerungselement begreifen. Das heißt jedoch, dass Leistungen auch auf Strecken mit schwacher Nachfrage angeboten werden müssen. Hier sieht die AfD die Aufgabe, das Angebot offensiv im Sinne der staatlichen Daseinsvorsorge zu gestalten und so das Leben im ländlichen Raum auch für Personen attraktiv zu machen, die nicht auf einen Pkw zurückgreifen können. In Regionen, die bereits stark von Abwanderung oder Bevölkerungsschwund betroffen sind und in denen die Einrichtung eines regelmäßigen öffentlichen Personennahverkehrs wirtschaftlich nicht vertretbar ist, werden wir eine Wiederbelebung von Rufbussen und Sammeltaxen fördern.

Zur Erhöhung der Fahrgastsicherheit im ÖPNV und gleichzeitig als Wertschätzung der Bürger, die tagtäglich für unsere Sicherheit und unsere körperliche Unversehrtheit sorgen, setzen wir uns dafür ein, dass Polizisten, Zollbeamte, Justizbeamte und kommunale Vollzugsbedienstete sowie Soldaten zukünftig in Thüringen kostenlos den ÖPNV nutzen können, wenn sie dies in Uniform bzw. Dienstkleidung tun.

Einen generell fahrscheinfreien (also für Fahrgäste kostenlosen) ÖPNV lehnt die AfD ab, weil dabei der Wechsel vom Pkw zum ÖPNV faktisch auch durch Gebühren von Autofahrern erzwungen wird, selbst wenn diese den ÖPNV nicht nutzen.

### **Landesweiter Tarifverbund im ÖPNV**

Aufgrund getrennter Trägerschaft von Schienenpersonennahverkehr und Straßenpersonennahverkehr kommt es immer wieder zu einer unzureichenden Aufgabenteilung zwischen Bahn und Bus, oftmals sogar zu Konkurrenz in Form von Parallelverkehren. Unterschiedliche Tarife verhindern hierbei, dass der Fahrgast zwischen den Verkehrsangeboten wechseln kann. Darüber hinaus weicht das Wunschbild stark von der tatsächlichen Qualität des ÖPNV ab.

Die AfD unterstützt die Planung und Umsetzung eines landesweiten strategischen Konzepts für den öffentlichen Personennahverkehr mit Bus und Bahn und setzt sich für die Schaffung eines landesweiten Tarifverbundes und eines damit verbundenen kostenlosen Azubi-Tickets ein. Wir streben überall im Freistaat eine einheitliche hohe Qualität des Angebots an.

### **Schienengebundener Personenverkehr**

Der schienengebundene Personenfernverkehr ist zwar nicht Aufgabe des Freistaats Thüringen, gleichwohl greift er in die Belange des Landes in erheblichem Umfang ein. So ist nach der Inbetriebnahme der Neubaustrecke Erfurt–Ebensfeld zwar die Landeshauptstadt sehr gut an den Fernverkehr angebunden, für den wichtigen Industrie- und Universitätsstandort Jena beispielsweise hat sich durch Wegfall der ICE-Fernverkehrsverbindungen die Lage jedoch wesentlich verschlechtert. Wir setzen uns für eine zügige Anbindung Jenas an den Fernverkehr vor 2023 ein.

Auch Fehlentscheidungen wie die Einstellung des Personenverkehrs auf der Strecke der traditionsreichen Pfefferminzbahn zwischen Buttstädt und Großheringen wollen wir durch entsprechende Investitionen des Freistaats rückgängig machen. Die Streckenreaktivierung der Höllentalbahn, von der die letzten Landesregierungen zwar viel redeten, bei der sie aber nie Ergebnisse lieferten, wollen wir endlich umsetzen. Investitionen in solche Infrastrukturprojekte sind keine Geldverschwendung, sondern revitalisieren die betroffenen Regionen und fördern ihre wirtschaftliche Entwicklung. Das wird sich langfristig auch im Landeshaushalt positiv bemerkbar machen.

**Pfefferminzbahn und Höllentalbahn müssen wieder fahren.**

### **Schienen Güterverkehr**

Überall dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, setzen wir uns im Sinne von Umweltverträglichkeit und Verkehrssicherheit für den Schienen Güterverkehr statt des Transports von Waren auf der Straße ein. Dazu bedarf es jedoch einer geeigneten Infrastruktur. Für den Ausbau und für die Modernisierung dieser Strukturen werden wir uns auf der Bundesebene einsetzen.